

Vierteljährlicher Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitsetzt
1¼ Sgr.

Breslauer



Zeitung.

No. 528. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag den 11. November 1859.

Telegraphische Depesche.

Zürich, 10. November, 5 Uhr 10 Min. Abends. Die drei Verträge sind soeben im Stadthause unterzeichnet worden.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt, 9. Novbr. Hamburg, Lübeck und Bremen werden alle drei in der türkischen Frage mit Preußen, also für Wiederherstellung der Verfassung von 1831 stimmen.

Berlin, 9. Novbr. Wie man erfährt, beabsichtigt ein Mitglied des bevorstehenden Kongresses auf demselben die Frage wegen der Suez-Landenge anzugehen.

Nach Nachrichten aus Paris wird Victor Emanuel die Annahme der mittelitalienischen Regentenschaft seitens des Prinzen von Carignan in Folge französischer Einwirkung wahrscheinlich ablehnen.

Paris, 9. Novbr. Dem Vernehmen nach ist der General Trochu zum Befehlshaber der französisch-chinesischen Expedition und zum Gesandten in China ernannt.

Madrid, 9. Novbr. O'Donnell wird auf seiner Reise überall mit Enthusiasmus begrüßt. (S. N.)

Preußen.

Berlin, 10. November. [Amtliches.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem Steuerath a. D. Schott zu Naumburg an der Saale den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Förster Pröscher zu Damm, dem Zoll-Erheber Zander zu Neuenhagen im Kreise Demmin, dem Schullehrer Schneider zu Niederdreßendorf im Kreise Siegen, und dem Magistrats-Rath Naumann zu Danzig das allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Reservisten des 10. Infanterie-Regiments, Friedrich Kitzke zu Klein-Biadauske im Kreise Trebnitz, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; den Kreisgerichts-Direktor Philipp zu Beuthen D.-S. in gleicher Eigenschaft an das Kreis-Gericht zu Ratibor und den Kreisgerichts-Direktor v. Runowski zu Rybnitz in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Beuthen D.-S. zu verlegen; den Landgerichts-Ältester Schneider in Koblenz zum Landgerichts-Rath in Elberfeld, so wie den Pfarrer Rudolph Herrmann Groß zu Rintem zum Superintendenten der Diöcese Seydewitz im Regierungs-Bezirk Gumbinnen zu ernennen.

Dem Rechtsanwalt und Notar Schtermeyer ist gestattet worden, seinen Wohnsitz von Saalfeld nach Preuß.-Holland zu verlegen.

Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Seiner Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem Staats- und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn v. Schleinitz, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Kaisers von Rußland Majestät ihm verliehenen Alexander-Newski-Ordens, und dem Geh. Legations-Rath Kammerherrn Grafen v. Perponcher-Sedlnitzky, zur Anlegung des ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens erster Klasse, so wie dem bisherigen Gesandten in Stockholm, Wirklichen Geheimen Rath von Le Coq, zur Anlegung des von des Königs von Schweden und Norwegen Majestät ihm verliehenen Großkreuzes des Nordstern-Ordens zu erteilen. (St. A.)

Die „Pr. Ztg.“ veröffentlicht (wie bereits in Nr. 527 d. Ztg. gemeldet ward) das nachstehende allerhöchste Patent:

Im Namen Seiner Majestät des Königs.
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, Prinz von Preußen, Regent, thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Die hundertjährige Geburtstags-Feier Friedrichs von Schiller hat in uns den Wunsch hervorgerufen, das Andenken des großen Dichters durch eine zur Förderung des geistigen Lebens im deutschen Volke geeignete Stiftung zu ehren. Deshalb haben wir beschlossen,

für das beste in dem Zeitraum von je 3 Jahren hervorgetretene Werk der deutschen dramatischen Dichtkunst einen Preis von „Ein Tausend Thaler Gold“ nebst einer goldenen Denkmünze zum Werthe von „Ein Hundert Thaler Gold“ zu bestimmen.

Die jedesmalige Ertheilung dieses Preises an den Verfasser behalten wir uns selbst nach folgenden näheren Maßnahmen vor:

§ 1. Es wird eine aus neun Mitgliedern bestehende Kommission zusammengetreten; sie wird von Unserm Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten jedesmal zu Anfang desjenigen Jahres, in welchem der Preis ertheilt werden soll, theils aus ordentlichen Mitgliedern der königlichen Akademie der Wissenschaften, theils aus anderen dazu einzuladenden Notabilitäten Deutschlands gebildet.

§ 2. Die Beschlüsse der Kommission bedürfen der absoluten Stimmenmehrheit.

§ 3. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Kommission erwählen bei ihrem ersten Zusammentreten einen geschäftsführenden Sekretär und einen Auschuß von drei Mitgliedern. Der Sekretär kann auch zum Auschuß-Mitglied gewählt werden, darf jedoch eine dieser beiden Wahlen ablehnen.

§ 4. Die Kommission beschäftigt sich zunächst mit der Auswahl der zur Preisbewerbung geeigneten Werke und bereitet die darüber zu entwerfende Liste so zeitig vor, daß sie nach Verlauf eines Monats geschlossen und dem Auschuß übergeben werden kann.

§ 5. Für den ersten am 10. November 1860 zu ertheilenden Preis kommen die seit dem Jahre 1857 hervorgetretenen Werke in Betracht; für die späteren Preisvertheilungen sind jedesmal die neueren, seit dem letzten Zusammentreten der Kommission bekannt gewordenen Werke zu berücksichtigen. Werke, welche vor dem Beginn des jedesmaligen dreijährigen Zeitraums herausgegeben oder auf der Bühne erschienen sind, bleiben jedenfalls ausgeschlossen.

§ 6. Zur Auswahl werden nur solche in deutscher Sprache verfaßte neue Originalwerke der dramatischen Literatur zugelassen, welche durch eigenthümliche Erfindung und gediegene Durchbildung in Gedanken und Form einen dauernden Werth haben. Dabei sind solche Werke besonders zu berücksichtigen, welche zur Aufführung auf der Bühne sich vorzugsweise eignen, ohne doch dem vorübergehenden Geschmack des Tages zu huldigen. Es gilt gleich, ob die Form eine metrische oder prosaische sei.

§ 7. Der Auschuß prüft die sämtlichen von der Kommission zur Auswahl vorgeschlagenen Werke und erstattet darüber einen schriftlichen Bericht an die Kommission, welcher bis Ende Juni's abgeliefert sein muß und durch den Sekretär bei sämtlichen Mitgliedern in Umlauf gesetzt wird. In der Mitte Septembers findet dann in Berlin die Schlusssitzung statt, von welcher die auswärtigen Mitglieder der Kommission mit dem Anheimgehen, sich persönlich dazu einzufinden, rechtzeitig zu benachrichtigten sind. In dieser Sitzung wird unter gewissenhafter Berücksichtigung der Gutachten der etwa abwesenden Kommissions-Mitglieder über die Preisvertheilung entschieden.

§ 8. Der von der Kommission gefaßte Beschluß wird in einem von allen Mitgliedern unterzeichneten Berichte Unserm Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten angezeigt und von diesem uns zur Bestätigung vorgelegt.

§ 9. Die Preisvertheilung wird durch Unsern Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten am 10. November zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

§ 10. Sollte kein Werk des Preises würdig befunden worden sein, so wird nach Verlauf der nächsten dreijährigen Periode der Preis für das alsdann gekrönte Werk verdoppelt, oder es sind geeigneten Falls zwei Preise zu erteilen.

Bei längerem Mangel an preiswürdigen Werken kann auf Antrag der Kommission eine dem Preise gleichkommende Geldsumme auf eine oder die andere Weise zur Anerkennung und Förderung deutscher Dichtkunst verwendet werden.

Der Preis darf nicht öfter als zweimal demselben Autor erteilt werden. Bei der zweiten Ertheilung fällt die Denkmünze hinweg.

§ 11. Die von Mitgliedern der Kommission verfaßten Werke sind von der Preisvertheilung ausgeschlossen.

Urkundlich unter Unserer höchstehenden Unterschrift und beigedrucktem königlichen Inseigel.

Gegeben zu Berlin, den 9. November 1859.

(L. S.) **Wilhelm, Prinz von Preußen, Regent.**
Fürst zu Hohenzollern, von Patow, von Bethmann-Hollweg.

Berlin, 9. November. [Vom Hofe.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent präsidirten heute Vormittag einem Minister-Conseil. Außerdem empfingen Allerhöchstdieselben Se. Hoheit den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, Hauptmann im 1. Garde-Regiment zu Fuß, und nahmen die Vorträge des Wirklichen Geheimen Rathes Jlaire und der Minister von Auerwald und Freiherrn von Schleinitz entgegen.

— Se. königl. Hoheit der Prinz Albrecht fuhr heute Mittag nach Potsdam, nahm bei seiner Tochter, der Prinzessin Alexandrine, das Diner ein und kehrte darauf von dort wieder nach Berlin zurück.

— Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl traf heute Morgen 8 Uhr von Potsdam hier ein, begab sich zunächst zum General-Feldmarschall v. Wrangel und später in das Palais Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Karl und fuhr Mittags wieder nach Potsdam zurück.

— Se. königliche Hoheit der Prinz von Dranien begab sich heute Vormittag 10 Uhr im königlichen Salonwagen mit dem General-Major Herwarth v. Bittenfeldt, dem Adjutanten Sr. königlichen Hoheit des Prinz-Regenten, Hauptmann v. Steinacker, und seinen drei militärischen Begleitern nach Potsdam, nahm daselbst zunächst die Hof- und Garnisonkirche und das große Militär-Waisenhaus in Augenschein, besuchte darauf Schloß Babelsberg, den Pfingstberg, Ruinenberg etc. und kehrte um 2 Uhr mit seiner Begleitung von Potsdam nach Berlin zurück. Am Sonntag Nachmittag hat Se. königl. Hoheit mit seinen Adjutanten den botanischen Garten besichtigt. — Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Marie der Niederlande, welche vor einigen Tagen an den Mätern erkrankte, befindet sich auf dem Wege der Besserung. Die Krankheit nimmt den normalen Verlauf. (Pr. Z.)

Berlin, 10. November. [Vom Hofe.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent arbeitete heute Früh mit dem Generalmajor von Manteuffel, und begab sich demnach nach der Seehandlung, um von dort aus die Grundsteinlegung des Schillerdenkmals in Augenschein zu nehmen. Nach der Rückkehr empfing Se. königl. Hoheit den Fürsten von Hohenzollern und den Minister von Auerwald, und stattete dann der Prinzessin Friedrich der Niederlande einen Besuch ab.

[Die Grundsteinlegung für das Schiller-Denkmal.] Heute fand die feierliche Grundsteinlegung für das Schiller-Denkmal statt. Nachdem das Lied: „Verschwunden ist die finst're Nacht“ etc. von den Chören gesungen war, bestieg der Oberbürgermeister Krausnick die dazu eigens hergerichtete Rednerbühne und hielt eine auf die Feier bezügliche Ansprache. Hierauf wurde von den Chören das Lied: „Wie heißt der Mann, der deutsche Mann etc.“ gesungen; während dieses Gesanges der Grundstein mit den üblichen Hammerschlägen von den Herren Ministern, dem Herrn Oberbürgermeister hiesiger Residenz und mehreren Magistrats-Mitgliedern verschlossen. Nach diesem Akte bestieg der Prediger Seydow die Rednerbühne und sprach über das Verhältniß Schiller's zum Christenthume.

Die in den Grundstein gelegte Urkunde lautet: „Wir, der Magistrat und die Stadtverordneten der Haupt- und Residenzstadt Berlin, urkunden und bekennen, was folgt: Ein Jahrhundert ist heute verflossen, seit Johann Christoph Friedrich v. Schiller zu Marbach in Schwaben das Licht der Welt erblickte. Dem deutschen Vaterlande warm ergeben, ein tiefer Denker, begeistert für die höchsten Ideale der Menschheit, Charakter im Kampf mit den Mähen des Lebens, vor Allem Herrscher im Reiche der Dichtkunst, ward Schiller in seiner Zeit ein leuchtendes Vorbild seinen Zeitgenossen, zur Belehrung, zur Ermutigung, zur Erhebung. Dem lebenden Geschlechte ist nach hundert Jahren unvergessen, was der große Dichter und Denker für deutsche Sprache, deutsche Kunst und deutsche Wissenschaft durch seine Werke von Geschlecht zu Geschlecht fortwährend geschaffen. Dessen zum dankbaren und dauernden Zeugniß haben wir die Errichtung eines ehernen Standbildes Friedrichs v. Schiller in unserer Stadt beschlossen, und es werden im Ausdruck gemeinsamer Verehrung der Stadt und die Einwohnerschaft an den Kosten der Ausführung Theil haben. Der Grundstein zu diesem Standbild ist aus Anlaß der Säcularfeier des Geburtstages des deutschen Dichters heute am zehnten

November des Jahres eintausend achthundert neun und fünfzig nach Christi Geburt, des zwanzigsten der Regierung Seiner Majestät Friedrich Wilhelm IV. unter der Regentenschaft Seiner königlichen Hoheit des Prinzen von Preußen altem Herkommen gemäß in feierlicher Weise gelegt worden. Möge jedes Glied des preussischen und deutschen Volkes, welches künftig zu dem vollendeten Denkmal aufsteht, eingebend bleiben der großen Wahrheit, daß nur aus den Tiefen des deutschen Geisteslebens deutsches Wesen und deutsche Kraft sich aufbauen.

Dazu segne Gott der Allmächtige den König und das Volk des theuren Preußenlandes, dazu segne er das ganze deutsche Vaterland fest und immerdar. Urkundlich unter dem Stadtsiegel. Berlin, den 10. November 1859.

Der Magistrat und die Stadtverordneten der hiesigen Haupt- und Residenzstadt.“ (Folgen die Unterschriften.)

als großes und einiges Volk zu fühlen das Recht hätten, für die Künstler zugleich die erste Mahnung läge, den großen und ernstesten Anforderungen ihrer Zeit und ihres Volkes immer nachzukommen, und nie andere Ziele zu verfolgen, als die höchsten und edelsten, denen der unselbstliche Dichter während seiner ganzen Laufbahn nachgestrebt habe. Die Aufführung des Festgesanges nach Schiller's Gedicht „an die Künstler“, komponirt von Mendelssohn, beschloß die Feier.

Deutschland.

Karlsruhe, 7. Novbr. [Einberufung der Kammern. — Concordat.] Nach dem heute ausgegebenen Regierungsblatte sind die Kammern auf den 21. d. einberufen. — Man kennt nun den Wortlaut des badischen Concordats. Die Universität wird sehr darunter zu leiden haben, indem die erzbischöfliche Gewalt sich nicht nur auf die theologische Fakultät erstreckt, sondern auf alle Fakultäten, indem jeder Professor und Docent verantwortlich gemacht wird für die etwaigen Eingriffe in die katholische Glaubens- und Sittenlehre. Es läßt sich denken, welche Bestürzung diese Concession an die erzbischöfliche Macht im Kreise der hiesigen Professoren hervorgerufen hat.

Ueber das Concordat schreibt man dem „Kff. Journ.“: Ohne den Punkt weiter zu erörtern, ob es klug war, Rechte der Staatsgewalt zu veräußern, hätte man doch annehmen sollen, die Staatsregierung werde einem fremden Souverän gegenüber nicht minder eifersüchtig auf die Wahrung ihrer Befugnisse bedacht sein, als wenn es sich darum handelt, Rechte des Landesherren seinen Unterthanen gegenüber aufrecht zu erhalten. Wir haben, abgesehen von Frankreich, in Deutschland einen durchaus katholischen Staat (Baiern), der hinsichtlich des Placet, des Verkehrs mit Rom, Anstellung der Geistlichen und deren Vorbildung weit an kirchlichem Eifer hinter Baden zurücksteht, das mit Oesterreich und Württemberg nunmehr den Segen einer „zeitgemäßen Regelung des Kirchenstaatsrechts“ genießen soll. Uns scheint, daß die formelle Frage, wie sich der Abschluß des Concordats verhalte zum Rechte der Stände, an der Gesetzgebung des Landes Antheil zu nehmen, noch nicht bestimmt genug hervorgehoben worden. Hierüber denn wenige Worte. Daß kein Gesetz Geltung hat, welches nicht vorher oder nachher von den Kammern gut geheißen, ist unbestritten. Würden sich im Concordat nun Bestimmungen finden über Verhältnisse, die nur durch Gesetze geregelt werden können, so würde der Staatsregierung das Recht nicht zustehen, selbstständig diese Verfügungen zu treffen. Die Gültigkeit des Vertrages mit dem fremden Staate würde, mindestens hinsichtlich dieser einzelnen Punkte, vom Beitritte der Volksvertretung abhängen. Es käme dabei durchaus nicht die in Doctrin und Praxis gleichermaßen streitige Frage in Betracht, welches Recht der Ständekammer zustehe in Beziehung auf Verträge der Regierung mit auswärtigen Staaten; denn daß solche jedenfalls nicht Defamantel oder Entschuldigung für Verfassungsverletzungen sein können, liegt auf der Hand. Solche Verhältnisse aber, über welche nur Gesetze verfügen können, werden im Concordat allerdings berührt; wir nennen statt aller die Einsetzung neuer Gerichte. „Ueberhaupt (lautet ein Schlussartikel des Vertrages) sind alle Gesetze aufgehoben, welche vorstehenden Anordnungen widersprechen.“ Wir zweifeln nicht, daß die Staatsregierung ihren Verpflichtungen genügen werde; denn wir können nicht glauben, daß der neueste Verteidiger der großherzoglichen Regierung in der Adelsfrage, der mit den offenherzigen Worten die Hassenpflug'sche Maxime, „wenn's nicht geht mit den Ständen, so geht's ohne sie“, als leuchtendes Princip der Staatsregierung hinstellt, genau referirt habe. Noch weniger aber zweifeln wir, daß die Stände von allen ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen werden, sowohl wenn die Vorlage geschieht, als wenn jene nöthig wären, um die Vorlegung erst herbeizuführen; denn principiis obsta!

Greiz, 8. November. [Fürst Heinrich XX. +.] Ein tieftrauriges Ereigniß hat der heutige Tag über uns gebracht: Nachmittags um 3¼ Uhr verschied im hiesigen fürstlichen Residenzschlosse unser allerbereitester Landes Herr, Seine Durchlaucht Fürst Heinrich XX. älterer Linie (geb. 29. Juni 1794, vermählt den 25. Nov. 1834 mit Sophie Marie Therese geb. Prinzessin von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und nach deren 1838 erfolgten Tode am 1. Oktober 1839 mit der zeitlichen regierenden, nun verwitweten Fürstin Caroline geb. Prinzessin von Hesse-Homburg, succedirte seinem Bruder am 31. Oktober 1836). Der hohe Verstorbene hinterläßt aus zweiter Ehe zwei Prinzen, von denen der Erbprinz, nunmehrige Fürst Heinrich XXII. am 28. März 1846 geboren ist, und zwei Prinzessinnen-Töchter. Im Wesentlichen war es nur eine rasch zunehmende Schwäche, in den letzten Tagen von Blutandrang nach dem Kopfe und theilweiser Bewußtlosigkeit begleitet, welche als Vorzeichen der herannahenden Auflösung des hohen Entschlafenen betrachtet werden konnte. (E. Z.)

Oesterreich.

Wien, 10. November. [Begünstigung für österreichische Dramatiker.] Wie wir erfahren, haben Se. Majestät der Kaiser aus Anlaß der Säcularfeier Schiller's, des Dramatikers, Sich allergnädigst bestimmt gefunden — von jetzt ab — für die Zukunft die Begünstigung des im Hof-Burgtheater eingeführten Tantièmebezuges den gegenwärtig noch lebenden österreichischen Dichtern, von denen ältere, in die Zeit vor Einführung der Tantième fallende Stücke sich auf dem Repertoire erhielten — ganz in der Weise zu

